

Haushalt spaltet Parteien

Etat verabschiedet: CDU stimmt dagegen – Kinderbetreuung ist defizitär

Hammersbach (car/chw). Die finanzielle Gestaltung des Jahres 2015 ist beschlossen. Mit den Stimmen der SPD haben die Gemeindevertreter den Haushalt gegen das Votum der Christdemokraten verabschiedet. Im Entwurf der Haushaltssatzung klafft erneut ein Loch in Höhe von 400 000 Euro. Das Minus ist somit um 200 000 Euro geringer als im Vorjahr.

Nachdem der Haushalt von Bürgermeister Michael Göllner (SPD) eingebracht und in der Ausschusssitzung beraten worden war, gingen die Reden der Fraktionsvorsitzenden dazu in der Sitzung der Gemeindevertreter weit auseinander.

Der Vorsitzende der Sozialdemokraten, Wilhelm Dietzel, sah in der Reduzierung des neuen Kredits einen Schritt in Richtung Ausgleich des Haushalts. Die Situation aller Gemeinden sei momentan kritisch, so Dietzel. Er machte besonders die unzureichende Versorgung der Gemeinden mit finanziellen Mitteln für die Lage verantwortlich.

Durch die Reduzierung des kommunalen Finanzausgleichs sei es den hessischen Gemeinden nicht mehr möglich, ihrer historischen Rolle als „Zelle des Staates“ nachzukommen. Den Gemeinden seien die Hände gebunden und es mache keinen Spaß mehr, etwas in der Gemeinde gestalten zu wollen. In Zeiten wie diesen bliebe näm-

lich kaum noch Spielraum für neue Investitionen.

Die Fraktion wolle dennoch nicht darauf verzichten. Die Kinderbetreuung belastet deshalb den Haushalt allein mit einem Defizit von 1,25 Millionen Euro, das von den Eltern allein nicht gedeckt werden könne. Die Angebote der Betreuung mit U3, Hort und Kindergarten seien aber unverzichtbar und ein Standortfaktor der Gemeinde. Neben dem Aushängeschild der U3-Betreuung zeigen auch das interkommunale Gewerbegebiet Limes sowie die Dorferneuerung in Marköbel, dass sich die Gemeinde politisch auf dem richtigen Weg befinde. Zudem sei eine Konsolidierung des Haushalts für 2017 in Sicht und werde hartnäckig weiter verfolgt.

Zustimmung fanden die Worte Dietzels bei Alexander Kovacsek, Fraktionsvorsitzender der CDU, nur bezüglich des schmerzlichen Zustands des kommunalen Finanzausgleichs. Man könne aber das Problem nicht dauerhaft auf die Landesebene schieben, sondern müsse es selbst in der Gemeinde lösen. In allen anderen Punkten fand der Christdemokrat deshalb keine positiven Worte. Stattdessen gab es scharfe Kritik am langjährigen Verhalten der Mehrheitsfraktion, die Kovacsek für die „desolate Situation des Haushalts“ zur Verantwortung rief.

Die Sozialdemokraten ordneten den Haus-

halt ihren politischen Entscheidungen unter und scheuten sich so, notwendige Entscheidungen zu treffen, die zu einem ausgeglicheneren Haushalt führen könnten, so der Fraktionsvorsitzende.

Dass beispielsweise 100 000 Euro Mehreinnahmen durch den geplanten Windpark in das Konsolidierungskonzept eingearbeitet worden waren, bevor er beschlossen war, sah der Vorsitzende als ein Indiz für das Fehlverhalten der SPD.

Auch den Umgang mit den Gewerbegebieten „Am Lachbach“ sowie „Limes“ kritisierte er scharf. „Am Lachbach“ seien nur in unzureichendem Maße Gewerbeeinnahmen sowie Arbeitsplätze geschaffen worden. Im interkommunalen Gewerbegebiet Limes steuere man durch den Wegfall eines Ankermieters auf eine ähnliche Situation zu.

Es sei nicht möglich, einen Haushalt auf diese Weise nur auf die Hoffnung zu bauen, dass in einigen Jahren ein Ausgleich erfolgen könne. Er wünschte sich stattdessen, dass mehr Wert auf die Hinweise der Kommunalaufsicht gelegt werden würde. Zuvor hatten die Gemeindevertreter gegen die Stimmen der CDU rückwirkend zum Anfang des Jahres eine Anhebung der Grundsteuer B sowie der Gewerbesteuer verabschiedet. Dies sei notwendig und auch vom Land in dieser Art für defizitäre Kommunen gefordert, so Dietzel.